

Haushaltsrede 2024

Wir stehen vor großen Herausforderungen. In vielen Bereichen steigen die Ausgaben.

Für 2024 sehen die Zahlen auf den ersten Blick noch gerade so vertretbar aus, so als sei alles noch in bester Ordnung. Aber die Planung für die weiteren Jahre muss uns aufhorchen lassen.

Die Zuführung zum Vermögenshaushalt ist in den letzten Jahren gesunken und für 2024 ist nur noch die Mindestzuführung von 3,1 Millionen möglich.

Die Schulden steigen deutlich an und werden im Jahr 2027 voraussichtlich bei 65 Mio € liegen. Derzeit liegen wir bei 18 Mio €, um die Dimension zu verdeutlichen und bis Ende 2024 schon bei 28 Mio €.

Die Rücklage liegt Ende 2023 bei knapp 24 Mio €, jetzt sind Entnahmen von jeweils 8 Mio € für 2024 und für 2025 geplant, d.h. die Rücklage ist dann weitgehend abgeschmolzen.

Wir sind gerade dabei unsere Ersparnisse aufzubrechen und neue Schulden anzuhäufen und verlagern damit die Probleme in die Zukunft und hoffen vielleicht auf ein Wunder. Wir verhalten uns jetzt beim Haushalt genau so, wie in den letzten Jahren bei ANregioMed. Wir schlittern sehenden Auges in die Katastrophe. Die nachfolgenden Kommunalpolitiker werden mit finanziellen Problemen schwer zu kämpfen haben.

Deshalb ist es nicht nachvollziehbar, dass die Kreisumlage nicht angehoben wird. Für die Kommunen ist das sicher erfreulich, da diese z.T. auch finanziell erschöpft sind, aber für den Landkreis ist es auf Dauer nicht zu halten, zumal auch zu erwarten ist, dass die Umlagekraft in den nächsten Jahren sinken wird. Ehrlicher wäre eine Erhöhung von zwei Prozentpunkten im jetzigen Haushalt gewesen. Wie schon erwähnt, leben wir auf Kosten der nachfolgenden Generation.

Auf einige Bereiche des Haushalts möchte ich eingehen:

Im Bereich Integration, Jobcenter sind die Herausforderungen und damit auch die Ausgaben gestiegen. In den letzten beiden Jahren haben wir wieder steigende Flüchtlingszahlen, die Unterbringung gestaltet sich schwierig, Wohnraum ist schwer zu finden. Die Leistungen werden größtenteils von Bund und Land erstattet, aber die Personalzuweisungen sind nicht auskömmlich. So muss Personal vom Landkreis mitfinanziert werden, um die Aufgaben bewältigen zu können. Auch für die Integration nimmt der Landkreis selbst Mittel in die Hand und das ist auch gut so, da wir alles dafür tun müssen, um Flüchtlinge gut und schnell zu integrieren.

Im Bereich der Jugendhilfe steigen die Ausgaben, da mehr Hilfsleistungen nötig sind, ebenso im Bereich der Sozialhilfe.

Unsere Seniorenheime haben sich nach Corona gut erholt und auch die Personalentwicklung ist insgesamt gut. Ein geringes Defizit in diesem Bereich ist zu verkraften. Der Landkreis muss als Träger keinen Gewinn erwirtschaften, eine rote Null

Ist völlig in Ordnung und wir finden es gut und sinnvoll, dass der Landkreis selbst zwei Seniorenheime betreibt.

In den Erhalt der Straßen ist weiter zu investieren. Hier haben wir noch Nachholbedarf und können nicht nachlassen. In unserem Flächenlandkreis ist das bekanntermaßen eine Hausnummer. Der Ausbau der Radinfrastruktur ist notwendig und eine sinnvolle Ausgabe.

Bei den Schulen ist vor allem die Digitalisierung kostenintensiv, auch wenn hier Fördermaßnahmen greifen. Es werden sicher notwendige Maßnahmen durchgeführt, aber wir sehen die Digitalisierung auch kritisch. WLAN in Klassenzimmer führt zu einer erhöhten Strahlenbelastung, vor allem wenn sich bei Laptopklassen eine Reihe von Endgeräten verbinden muss. Auch die Sehkraft der Kinder und Jugendlichen leidet unter einer dauerhaften Bildschirmnutzung. Wir müssen in diesem Bereich auch die zukünftigen Kosten für Wartung, für Ersatzbeschaffungen im Blick behalten. Es muss außerdem nicht alles digital abgebildet werden. Gerade in den letzten Jahren wird vermehrt diskutiert, was Schule leisten muss, z.B. in Richtung Alltagskompetenzen, Sozialverhalten, politische Bildung. Hier hilft Digitalisierung nur bedingt. In einer Schule sind vor allem gute Pädagogen wichtig. Andere Länder machen die Digitalisierung in den Schulen bereits wieder schrittweise rückgängig.

Die Verwaltung, die öffentliche Hand hat Vorbildfunktion was Klima-, Umwelt und Ressourcenschutz angeht, deshalb ist die Weiterbeschäftigung einer Klimamanagerin sinnvoll.

Wichtig wäre es auch, den Anteil an biologischen Lebensmitteln in den Gemeinschaftseinrichtungen, also in den Seniorenheimen, Mittagsverpflegung an den Schulen, in den Kantinen zu erhöhen, damit bis zum Jahr 2030 ein Anteil von 30 % erreicht wird.

Wir brauchen auch weiterhin Mittel, um energetische Maßnahmen an unseren Bestandsgebäuden durchführen zu können. Der Antrag der Grünen zu einem Energie-Fond ist grundsätzlich ein guter Ansatz. Es fehlt aber ein Vorschlag zur Gegenfinanzierung und der knappe Haushalt gibt das Geld nicht her.

Den höheren Ansatz für PV-Anlagen befürworten wir. Der Landkreis sollte mit gutem Beispiel vorangehen und weiterhin auf den landkreiseigenen Gebäuden PV-Anlagen installieren und den Strom vor Ort nutzen. Das bringt auf Dauer eine finanzielle Ersparnis. Außerdem ist es immer sinnvoller Dächer zu nutzen, anstatt noch mehr auf Freiflächen zu setzen.

Es muss ohnehin der zukünftige Weg sein, Energie dezentral zu erzeugen, soweit möglich direkt zu nutzen und den Überschuss zu vermarkten. Dezentrale Energieversorgung schafft Unabhängigkeit, trägt zur Regionalen Wertschöpfung bei und entlastet zudem noch die Stromnetze.

Unser ÖPNV hat ein sehr schlechtes Zeugnis bekommen. In einem Flächenlandkreis ist ein guter ÖPNV sicher eine Herausforderung. Die Infrastruktur ist gut, aber die Taktung, besonders abends und am Wochenende ist sehr schlecht oder gar nicht gegeben. Wichtig sind regelmäßige Linienfahrten, die durch Rufbusse und Anrufsammeltaxis zu

den weniger frequentierten Zeiten ergänzt werden können. Die Eigenwirtschaftlichkeit wird wegen steigender Kosten und verbesserter Angebote zunehmend weniger werden. D.h. der Landkreis muss deutlich mehr Geld bei gemeinwirtschaftlichen Verkehren in die Hand nehmen. Das ist in diesem Haushalt schon spürbar, da der Zuschussbedarf hier deutlich steigt. Wir brauchen aber einen besseren, attraktiven ÖPNV, damit der Individualverkehr weniger wird. Ganz ohne Auto wird es in einer ländlichen Region wie unserer kaum gehen.

Gespart werden kann aus unserer Sicht nur bei den freiwilligen Leistungen. Diese sind in den letzten Jahren gestiegen. Aber wen wollen wir Zuschüsse, Förderungen nehmen? Auf den ersten Blick erscheint alles wichtig und richtig. In den nächsten Jahren muss man aber sicher über die Höhe von freiwilligen Leistungen nachdenken.

Der größte Posten ist ANregiomed. Hier steigt der Zuschussbedarf von allen Einzelplänen am stärksten an. Der Defizit ausgleich ist auf Höchstniveau und die Tendenz ist steigend. Es wird mit einem Jahresdefizit von 32 Mio gerechnet. Dabei wurden in den letzten Jahren schon Defizite von mehr als 100 Mio € ausgeglichen. Das kann sich die Stadt Ansbach schon jetzt nicht mehr und der Landkreis bald nicht mehr leisten und die Kommunen werden dafür zukünftig auch tiefer in die Tasche greifen müssen. Schon jetzt erscheinen die eingestellten Beträge für dieses und für die nächsten Jahre kaum machbar zu sein und dabei kann es sein, dass die eingestellten Beträge nicht auskömmlich sind und auf Stadt und Landkreis weitere Kosten zukommen werden.

Das gesamte Gesundheitswesen ist leider unterfinanziert, auch die Kliniken.

Bund und Länder reden über Reformen, beide sind aber nicht bereit mehr Geld für die Krankenhausfinanzierung in die Hand zu nehmen. Zu einer vollumfänglichen Übernahme der Investitionskosten hat die ÖDP Bayern eine Petition im Landtag eingereicht. Diese wurde durch CSU und FW abgelehnt.

Auch durch die vom Bund geplante Krankenhausreform wird es nicht mehr Geld geben, sondern nur eine Umverteilung von den Schwachen zu den Starken, also von den kleinen Häusern zu den großen Häusern. Denn feststeht, dass eine Zentralisierung geplant ist und das ist durchaus sinnvoll. Zusätzliche Gelder für den Transformationsprozess werden vor allem der Abwicklung der kleinen Kliniken dienen.

Die allgemeinen finanziellen Probleme sehen wir, diese haben derzeit viele Kliniken.

Aber in Ansbach häufen sich seit Jahren die Defizite, vor allem wegen der verfehlten Krankenhauspolitik der letzten 10 Jahre. Eine Verbesserung der Situation ist nicht in Sicht.

ANregiomed steckt in einer Sackgasse.

Die kleinen Häuser werden nicht zu halten sein, zumindest nicht in der jetzigen Form, sondern evtl. als intersektorales Gesundheitszentrum. In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass es enorm wichtig ist, dass an den beiden Häusern eine sehr gute ambulante Versorgung weiterhin angeboten wird.

Fällt allerdings die stationäre Versorgung in Dinkelsbühl und Rothenburg weg, liegt das nächste Haus am Strüther Berg und ist somit an Teilen des Landkreises, vor allem an den südlichen und südwestlichen Teil schlecht angebunden. Diese Regionen werden von einer guten stationären Krankenhausversorgung abgeschnitten sein und sich zur Versorgung außerhalb des Landkreises begeben.

Ansbach wird nur im geringen Maß von einer Schließung der kleineren Häuser profitieren können und wird voraussichtlich nicht zu den in der Krankenhausreform geforderten „großen Häusern“ gehören.

Die Kreispolitik hat in den letzten Jahren auf die Dreihäusigkeit gesetzt, obwohl Fachleuten schon lange klar war, dass die kleinen Häuser nicht mehr zeitgemäß sind und langfristig keine Zukunft haben. Die Bürgerinnen und Bürger dagegen wollen ihr Krankenhaus vor Ort behalten und das hat man ihnen zugesichert.

Die ÖDP hat sich von Anfang an zugunsten eines Zentralklinikums positioniert.

Die derzeitigen Entwicklungen zeigen deutlich, dass es ein schwerer Fehler war, die Bemühungen für ein Zentralklinikum abzubügeln und weiter auf das Modell der Dreihäusigkeit zu setzen. Mit einem zentralen, spezialisierten Klinikum hätte die gesamte Bevölkerung in Stadt und Landkreis Ansbach eine hochwertige Krankenhausversorgung in zumutbarer Erreichbarkeit. Wir hätten eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung für Stadt und Landkreis. Durch den Wegfall der Mehrfachstrukturen würde man auf Dauer Geld einsparen. Auch die Verlegungen von einem zum nächsten Haus wurden wegfallen. Diese kosten Geld und belasten den Patienten und die Angehörigen.

Am besten wäre ein Zentralklinikum schon vor zehn Jahren geplant worden. Aber auch im Jahr 2019 wäre eine Umsetzung durchaus realistisch und vor allem sinnvoll gewesen. Wir haben damals eine Machbarkeitsstudie zum Vergleich Dreihäusigkeit gegen Zentralklinikum beantragt. Dieser Antrag wurde vom Kreistag mit großer Mehrheit abgelehnt. Hatte man Angst vor dem Ergebnis, dass die bisherige Krankenhauspolitik in Frage gestellt hätte? Leider hat sich die Kreispolitik nicht an Fachleuten orientiert, sondern eine kurzsichtige, populistische Politik verfolgt.

Mittlerweile investiert man weiter in das Haus am Strüther Berg. Weitere Anträge von unserer Seite den Bau noch ruhen zu lassen, bis die Krankenhausreform greift, wurden ebenfalls mehrheitlich abgelehnt. Man wollte mit dem Weiterbau Fakten schaffen.

Ein Zentralklinikum ist damit in weite Ferne gerückt und wäre nur noch mit großen Anstrengungen und einer sofortigen Kehrtwende von der bisherigen Krankenhauspolitik umsetzbar.

Aus unserer Sicht ist das Zentralklinikum aber nach wie vor die einzige tragfähige Lösung.

Ein weiterer schwerer Fehler seitens der Kreispolitik war es, die Bevölkerung nicht auf die Entwicklungen und Veränderungen im Krankenhauswesen vorzubereiten. Stattdessen hat man den Menschen den dauerhaften Erhalt der Krankenhäuser in DKB und ROT versprochen und ihnen erklärt, wie wichtig die Häuser vor Ort sind. Als sich in

den letzten Jahren abzeichnete, dass dieses Versprechen nicht zu halten ist, hatte niemand den Mut aufgebracht, seine Position zu ändern. Kein Wunder, dass die Bevölkerung jetzt auf die Straße geht.

Der Widerstand gegen Veränderungen aus Dinkelsbühl und Rothenburg ist heftig, emotional durchaus verständlich, aber sachlich nicht gerechtfertigt, da Leben eben nicht auf der Strecke bleibt.

Die Workshops kommen etliche Jahre zu spät. Außerdem hätten die Verwaltungsräte, die hier mitwirken, schon längst Veränderungen einfordern müssen. Die Workshops sind sicher nicht vergnügungssteuerpflichtig und ein großer zusätzlicher Aufwand. Dennoch hätte man hier Fachleute und vor allem alle Parteien mit einbeziehen sollen. Bei strukturellen Veränderungen müssen die Gremien entscheiden und somit sollte man alle Parteien rechtzeitig in einen Veränderungsprozess mit einbinden.

Alle Entscheidungen werden keinen schnellen Defizitabbau mit sich bringen und dennoch müssen schnelle Entscheidungen getroffen werden.

Wir haben länger darüber diskutiert, ob wir den Haushalt ablehnen oder annehmen sollen. Wenn wir heute ablehnen, liegt es ganz sicher nicht an der äußerten kompetenten Arbeit von Frau Schmidt und ihrem Team.

Einerseits stimmen wir den Einzelplänen in den Sitzungen zu, aber andererseits sehen wir die enormen Ausgaben für ANregiomed und kein zukunftsfähiges Konzept, keinen Plan, um die Situation zu verbessern. Auch wenn der Landrat betont, dass es so nicht weitergehen kann, stellt sich die Frage wie dann.

Wir wollen in jedem Fall nicht, dass es so weitergeht wie bisher und bloße Beteuerungen helfen nicht. Wenn wir wieder alle zustimmen, wird wenig passieren und wir schieben das Problem „ANregiomed“ weiter vor uns her. Darunter leidet nicht nur unser Haushalt, der Haushalt der Kommunen im Landkreis, sondern auch die Gesundheitsversorgung in unserem Landkreis.

Deshalb werden wir den Haushalt ablehnen.